13ter Jahrgang. 3tes Quartal.

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 21 Sgr. 3 Pf. vierteljährlich.

Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.



Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

№ 56. Sonnabend, den 15. Juli. 1848.

Politische Rundschau.

Frankfurt am Main, den 3. Juli. Man beschäftigt sich hier jetzt mit dem Reichsgrundgesetze, welches die Reichsgewalt, die Rechte des Volks und das Verhältniß der einzelnen Staaten zum Ganzen feststellen soll.

Die Linke hat vornehmlich darum gegen die Wahl des Erzherzogs Johann protestirt, weil dieser unverantwortlich, ja nicht einmal verpflichtet, die Beschlüsse der National-Versammlung zu verkündigen und zu vollziehen und weil er bei seinen Unternehmungen gehalten ist, sich vorher mit dem Bevollmächtigten der deutschen Regierungen in Einvernehmen zu setzen.

Da hat die Linke wohl ganz Recht, denn da haben wir weiter nichts errungen, als ein absolutes Kaiserthum, verbunden mit vielen Kosten. Und wo bleibt denn hierbei die Souverainität des Volkes? Wenn das kein Rückschritt ist, so ist der des Krebses es schon viel weniger! Deutscher Michel, man hat dir die Nase wieder gehörig gedreht! Schau nur einmal herum! Schon ziehen sich die Wolken zusammen und es wird bald Proteste regnen.

Am 6. Juli ist die Deputation aus Frankfurt in Wien angekommen. Die Bewohner sind in vollem Jubel: Glockengeläute, donnernde Hoch's, erleuchtete Stadt, Parade, Tafel und Fackelzug wechseln eins um das andere. Am folgenden Tage wurden die Deputirten auf kaiserlichen Wagen in die Hofburg geleitet und dem Reichsverweser vorgestellt. Er gab die Zusage zur Annahme jenes hohen Amtes, unter dem Versprechen, nach Möglichkeit und Kräften für die Einheit und das Wohl des deutschen Vaterlandes zu wirken. Gott gebe seinen Willen dazu!

Die Berliner haben eine Adresse an die Kammer eingesendet, in welcher sie den Wunsch aussprechen, daß das Eine ungetheilte Volk auch nur durch Eine untheilbare Versammlung repräsentirt werden möge. Da werden wohl die Herren auf der Rechten wieder schwerhörig sein; sie leiden oft an diesem Uebel.

Die Marburger in Kurhessen haben an ihre Ständeversammlung eine Petition eingereicht, in welcher sie um Abstellung der Titel „souverainer Landgraf" und „Fürst von Gottes Gnaden" bei Anreden ihres Kurfürsten antragen. Die Berliner Stadtverordneten haben sich für ihren Magistrat das „hochweise" und „hochedel" ebenfalls verbeten. Alter Zopf, wie wird Dir? —

Aus Berlin vom 6. Juli meldet man auch: Der Friede mit Dänemark ist so gut wie abgeschlossen, **denn der einleitende dreimonatliche Waffenstillstand ist bereits hier ratifizirt.** Ja, ratifizirt! was heißt das? Heißt das etwa: Der Sundzoll ist aufgehoben?

Antwort: „O nein, o nein!

„Der Deutsche muß betrogen sein."

Dazu sollen die Deutschen noch, d. h. die Preußen 140,000 Speciesthaler (sie sind noch ein halbmal schwerer, als die preußischen) Strafe bezahlen. Ob man uns wohl zumuthen wird, daß wir uns für diesen Freundschaftsdienst Rußlands und Englands werden bedanken sollen? Gewiß! ein Engländer und Russe ladet nicht umsonst zum Gevatteressen.

In Wien erwartet man die baldige Unterwerfung Venedigs. Dagegen mögen sich die Walachen in Siebenbürgen mit den Ungarn nicht verbrüdern.

Aus Paris meldet man vom 3. Juli, daß die National-Werkstätten von Cavaignac aufgehoben worden seien, weil sie sich als unpraktisch erwiesen haben. — Ueber den Primär- d. i. Volksunterricht, hat man wichtige Beschlüsse gefaßt, welche uns zum Muster dienen könnten. Unterrichts-Gegenstände sollen sein: 1) Schreiben, Lesen, die Anfangsgründe der Sprache, des Rechnens, Maß- und Gewichtskenntniß, Größenmessung, Elementarbegriffe der Natur Erscheinungen, des Ackerbaues und Gewerbfleißes, Zeichnen, Gesang, Geschichte und Naturkunde des Vaterlandes; 2) Kenntniß der Pflichten und Rechte des Menschen und Bürgers, so wie Entwickelung der Gesinnungen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit; 3) die Elementar-Vorschriften der Gesundheitslehre und Turnen. — Der Religions-Unterricht verbleibt den Geistlichen. — Die Lehrer sind nach der Besoldung in 4 Klassen getheilt, wovon die erste nicht über 500 Rthlr. und die letzte nicht unter 200 Rthlr. besoldet wird. Ein Lehrer muß 19 Jahr alt sein und ein Fähigkeitszeugniß beibringen, das nur in gewissen Fällen widerrufen werden kann. Er ist pensionsberechtigt. Hier haben wir gewiß auch die Grundlinien für das preußische Volksschulwesen.

Aus Lemberg schreibt man vom 29. Juni, daß der Fürst Bibesko dem Fürstenthume Walachei eine freisinnige Konstitution verliehen habe, aus welchem Grunde ein Heer von 25,000 Russen über den Pruth in die Moldau eingerückt sei und Jassy besetzt habe. Nach einer spätern Nachricht bestätigt sich das Einrücken der Russen nicht. Der Fürst Bibesko hat abdanken müssen, weil man in ihm russenfreundliche Gesinnung verspürte.

Der allgemeine Landwehr-Verein von Breslau und Schlesien hat ebenfalls eine Adresse nach Frankfurt entsendet, von wegen des Unverantwortlichen.

Die Cholera tritt in Rußland immer ernstlicher auf und nähert sich unsern Gränzen.

Frankfurt den 4. Juli. Hier streitet man sich darum, wer denn eigentlich „deutsch" ist, und bestimmt nach §. 2 der Grundrechte das deutsche Bürger- und Heimathsrecht, nach

welchem jeder Deutsche in ganz Deutschland sich ungehindert wohnlich niederlassen, Liegenschaften erwerben und Gewerbe treiben kann. Am 5. besprach man die deutsche Wehrverfassung, wo zu dem stehenden Heere noch 340,000 Mann Volkswehr treten soll. Indessen Radowitz für Deutschland eine Schutzmacht von 700,000 Mann für die gegenwärtigen Zeitverhältnisse in einer Sitzung für nothwendig erklärt, da fangen die Frankfurter auch schon an zu üben. Man hört in den Straßen den General-Marsch schlagen, bald darauf einzelne Schüsse, endlich sogar Pelotonfeuer. Bürger und Soldaten schlagen sich. Geschieht das etwa zu Ehren der deutschen Einheit? oder zu einem würdigen Empfange des deutschen Reichsverwesers, der in diesen Tagen durch Breslau über Dresden dahin abgegangen ist? Wenn er nicht ein ganz energischer Mann ist und dabei es doch versteht die Volksfreiheit unangetastet zu lassen; so wird aus der ganzen Geschichte nichts, trotz Kanonendonner und Festessen.

Vom 8. Juli schreibt man: In Berlin siehts wieder windig aus. Der Magistrat verlangt Soldaten, und die Bürger nebst Bürgerwehr wollen sie nicht hereinlassen; deswegen zankt man sich tüchtig. Man will auf beiden Seiten Vereinigung, nur in verschiedener Art: Der Magistrat will, die Bürgerwehr soll sich dem Militair, und die Bürgerwehr will, das Militair soll sich ihr nähern, um diese Vereinigung zu Stande zu bringen. Berliner, seht wie ihr euch einigt! ich kann euch nicht helfen.

In Köln stellt man auch schon Verhaftungsübungen an; man wird's jetzt wohl bald besser können, als wie vor dem 18. März? Nur immer zu; was ihr seid, das seid ganz; aber was seid ihr? Die Antwort überlasse ich euch.

Dem Wiener Ministerium geht's nach den neuesten Nachrichten gerade so, wie dem Berliner: 's will holter's nicht mehr Stich halten. Doblhoff soll den Knoten lösen. Ich wünsche ihm spitzige Finger dazu.

Aus Prag schreibt man vom 5. Juli, daß der Slaven-Congreß thätig fortwirkt. Die einmal Form gewonnene Idee wird sich schwerlich noch in Dunst auflösen lassen. Man sagt: Der Slawe fordert mit entschiedener Stimme sein altes Recht wieder: Die Freiheit. Stark durch seine Zahl, noch stärker durch seinen Willen und die wiedererlangte brüderliche Einmüthigkeit seiner Stämme, bleibt er dennoch seiner Natur und den Grundsätzen seiner Väter treu: er will keine Herrschaft, keine Eroberung, er will die Freiheit für sich, wie für Jedermann; er fordert sie unbedingt als die Anerkennung des heiligsten Rechts des Menschen. Darum verdammen und verabscheuen wir Slawen jede Herrschaft der Gewalt, die sich neben dem Gesetze geltend machen will, wir verwerfen alle Privilegien und Vorrechte, sowie alle politischen Ständeunterschiede und verlangen unbedingte Gleichheit vor dem Gesetze; fordern das gleiche Maß von Rechten und Pflichten für Jedermann; wo immer unter Millionen auch nur ein Knecht geboren wird, da kennt man die wahre Freiheit noch nicht. Ja die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Staatsangehörigen sind, wie vor einem Jahrtausende, so auch heutzutage unsere Losung."

Ich seh's schon im Voraus: das Congressiren wird nicht aufhören, bis das ganze Schwamm beisammen sitzt.

In Italien (denkt man kein Haar anders, und schon) ist die Vereinigung der Lombardei mit Piemont ausgebrochen. Das wird ein hübsches Königreich geben; aber König mag ich heut zu Tage nicht mehr sein. Das wird der „Kartätscher" wohl auch bald glauben. Uebrigens meldet uns die Zeitung nichts Neues von ihm. Schadet auch nichts, denn viel Gutes ist's doch nicht! —

Frankfurt, den 8. Juni. In der 33sten Sitzung besprach man die Ausführung der deutschen Volkswehr. In derselben hatte sich der Ingenieur-Lieutenant Bock aus Minden dadurch sehr lächerlich gemacht, daß er, der über deutsche Wehrhaftigkeit sprechen wollte, nicht einmal im Stande war, ohne Krücke zu gehn, d. h. er hielt einen freien Vortrag, indem er ihn ablas. Er mühte sich in dieser Vorlesung zu zeigen, daß die Volkswehr überflüssig wäre. Sein gleicher Kamerad Teichert wollte sogar die Schädlichkeit derselben nachweisen. Was glauben denn die Herrn? Ich weiß, was sie glauben: Sie glauben, ein unbewaffneter Bürger ist leichter todtzuschießen, als ein bewaffneter. Viel Muth! Er ist gewiß hinreichend, die Russen allein aufzufressen. Blum ist wieder gegen die große Anzahl der stehenden Heere, und zeigt an Preußen, wohin die Erhaltung eines so kostspieligen Spielzeugs führe. Ein Anderer, Vogt, wundert sich, daß, obgleich von Seiten des Volkes schon so viel für die Begründung einer Marine gethan worden ist, noch von keinem Beitrage eines Fürsten etwas gehört wurde. Ich sage ihm, er wird sich noch oft und über Vieles wundern müssen.

Eine Anzahl deutscher Standesherrn hat an die National-Versammlung geschrieben, sie wollten sehr gern ihre Vorrechte aufgeben, wenn damit für das allgemeine Wohl etwas gewonnen wäre; sie sähen aber jetzt die Nothwendigkeit noch nicht ein. Ich frage: Ihr Weisen, wenn werdet ihr es einsehen? Unter dem Lichte dieser Sonne gewiß nicht, und doch läßt sie Gott „ohne Bevorrechtung" für alle scheinen. Der Bürger und Landmann sieht wieder nicht die Nothwendigkeit einer Bevorrechtung ein und hat ein Weisheitssprüchel, das sagt:

„Als Adam hackt' und Eva spann,
„Was war da für ein Edelmann?"

Die Linke der preuß. National-Versammlung hat ihren zweiten Bericht erlassen, worin sie sich folgendermaßen über das gegenwärtige Ministerium ausläßt: „Das neue Ministerium, welches sich das Ministerium der That nennt, unterscheidet sich besonders durch drei Punkte von dem vorigen, dem des Uebergangs: 1) Durch die volksthümlichere Basis der ersten Kammer, 2) durch eine Anerkennung der Revolution, welche die staatlichen Verhältnisse „nicht" eingestürzt, die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat, und 3) durch die „genügende" (wo bleibt denn die breiteste?) Grundlage der Vereinbarung über die Verfassung. — Wenn das keine Fortschritte und keine Thaten sind, da müssen wir die Blinden vertheilen lassen. Wo seid ihr denn, ihr Rückschrittsmänner? steckt ihr noch hinterm Ofen? Wacht! Denn der Fortschritt reißt euch mit. Hier fällt mir ein Unteroffiziersprüchel ein: Linksum! Rechtsum! — Pochwolum!!! Es karakterisirt vortrefflich unsere Zeit.

Berlin wird, so schreibt man vom 10. Juli, von 25,000 Mann Truppen bekränzt, und Potsdam ist förmlich damit bespickt. Das erste Garde-Regiment hat die neuen Zündnadelgewehre bekommen. Es werden wohl die sein, die man vor einigen Jahren, oder war's erst voriges, im Geheimen geprüft hat. Unsere Zeit wird doch einmal durch und durch „öffentlich" — nur wo das Geld steckt, weiß kein Mensch! Es ist doch kurios!

Den Reservisten hat man die alten Kriegsartikel vorgelesen. Hat's denn gar keine soldatischen Gesetzmacher, daß man für diese armen Leute keine „neuen" Gesetze findet? Wo steckt denn der Scharnhorst „un'erer" Zeit?

In Berlin hat man einen Schriftsteller eingesteckt, weil er vor dem Reichsverweser keinen Respekt hatte.

In Petersburg hats auch einmal krawallert. In Petersburg? Was tausend! Aber warum denn? Nun die Leute glaubten, daß die Cholerakranken in den Hospitälern vergiftet würden. Wie? hatte man für solchen Unverstand keine Knuten? O ja, der Kaiser ließ die Rädelsführer in seiner Gegenwart auf dem Markte tüchtig auspeitschen. So bringt man in Rußland den Leuten den „Verstand" bei.

Herr von Thadden und Genossen stiften in Nauen einen Friedensbund, der sich durch alle Provinzen erstrecken soll. Viel Glück zum Handwerk!

In Berlin riecht man schon Reaktion, in Oels noch nicht. Dafür hat die Verfassungs-Kommission die Abschaffung der Feudal-Lasten entschieden.

Die Danziger Tischler haben krawallert, wegen einem Berliner Magazin, und die Frankfurter gegen das Militair, von wegen der Reaktion.

Der Hannoversche König hat den deutschen Reichsverweser auch nur „für diesmal grade" anerkannt.

In Rheinhessen, dem anfangs freien Rheinhessen, hat man im Konstitutionsentwerfen das freie Versammlungsrecht vergessen. O jerum! 's kann jedem eine Schwachheit passiren.

In Würtemberg preßt man die freie Presse auch wieder etwas zusammen. Recht gut, da wird sie kompakter!

In Paris hat man die republikanischen Todten begraben; Ich frage: Begräbt man denn bei uns die republikanischen Lebendigen? Die Antwort ein andermal.

Zweiter Bericht
der demokratischen Partei der Preußischen constituirenden Versammlung.

(Schluß.)

Ueber das Verhältniß zwischen der Kirche und Schule, über die Finanzlage, über die Umgestaltung des Heerwesens und die auswärtige Politik enthalten die Grundsätze nicht ein Wort, obwohl dies doch Fragen sind, welche mit der Neugestaltung unserer innern Verhältnisse auf das engste zusammenhängen und namentlich eine wahrheitsgetreue Darstellung der auswärtigen Politik ein wesentlicher Hebel zur Wiederherstellung des Vertrauens gewesen wäre.

Nach der hinzugefügten Erklärung des Herrn Minister-Präsidenten von Auerswald wird es die eifrigste Bemühung des Ministeriums sein „die Vereinbarung über die Verfassung auf genügender“ — also nicht mehr wie früher versprochen breitester — „Grundlage zum baldigen Ziele zu führen.“

Diese Grundsätze des neuen Ministeriums, welches sich das der That nennt, unterscheiden sich besonders durch drei Punkte von denen des frühern, des Ministeriums des Uebergangs: durch die volksthümlichere Basis der ersten Kammer — durch die Anerkennung einer Revolution, welche die staatlichen Verhältnisse nicht eingestürzt, die constitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat — und durch die genügende Grundlage der Vereinbarung über die Verfassung. Was den ersten Punkt betrifft, so enthält er, abgesehn davon, daß unserer Meinung nach jede erste Kammer entweder der Volkssouverainität widerspricht und eine Art von neuem Adel einführt, oder völlig überflüssig ist — gar keine Bestimmung über die Art der Zusammensetzung dieser Kammer, mithin auch keine Merkmale, wonach sich beurtheilen ließe, ob das neue Ministerium sich für die erste oder zweite Wirkungsweise der ersten Kammer, wie sie eben bezeichnet worden, entscheidet. Auf das Widersprechende in dem zweiten Punkte ist nicht nöthig aufmerksam zu machen, da eben eine Revolution, welche die staatlichen Verhältnisse nicht umstürzt, und das Recht — natürlich das alte, denn ein neues besteht noch nicht — zur Geltung bringt, keine Revolution, und die Anerkennung einer Revolution unter solchen Bedingungen nichts anders wie eine Verleugnung derselben ist. Was endlich die genügende Grundlage betrifft, so liegt offenbar darin ein Rückschritt; denn das Ministerium wird sie doch nur unter der Bedingung als genügend betrachten, wenn sie eben ihm selbst genügt.

Der übrige Theil des Programms enthält entweder nichts Thatsächliches, sondern nur inhaltslose Grundsätze, über welche erst geurtheilt werden kann, wenn der Inhalt, d. h. bestimmten Gesetzentwürfe vorgelegt worden, oder wieder nur eine „genügende“ Grundlage, wie das Versprechen eines Gesetzes über Bürgerwehr, welche auf breitester Grundlage eine allgemeine Volkswehr sein müßte.

Da nun das alte Ministerium gefallen ist, welches den Erlaß einer Adresse als Antwort auf die Thronrede hauptsächlich deshalb wünscht, um sich dabei über seine Geschäftsführung auszusprechen, so hoffen wir nun wenigstens der Adresse überhoben zu sein. Wir waren daher nicht wenig erstaunt, als der Minister Hansemann den Wunsch aussprach, daß der schon fertige Adreß-Entwurf an die betreffende Kommission zurückgewiesen werde, um zu prüfen, ob nicht das neue ministerielle Programm Abänderungen des Entwurfs bedinge. Aus der Aufnahme dieses Vorschlages werde das neue Ministerium sehen, ob es sich des Vertrauens der Versammlung erfreue oder nicht. Also wieder eine Kabinetsfrage! Der Abg. Zachariä machte hierauf den Wunsch des Herrn Hansemann zu seinem Antrage, der dann sofort zur Berathung kam und ungeachtet man ihn als völlig zwecklos bekämpfte, angenommen wurde. Jetzt spricht sich aber nun auch der Bericht der Adreß-Commission dahin aus, daß es überhaupt nicht mehr zweckmäßig erscheine, eine Adresse zu erlassen. Sonach hoffen wir noch, daß dem Lande die Verzögerung erspart werde, welche in dieser wichtigen Zeit durch eine nutzlose Adreßdebatte entstände.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen hat die Versammlung zunächst die Geschäftsordnung, so wie sie von der damit beauftragten Kommission vorgelegt ist, in Pausch und Bogen angenommen, vorbehaltlich später nothwendig erscheinender Abänderungen. Dann ist zur Wahl eines neuen Präsidenten, der vier Vicepräsidenten und der Schriftführer geschritten, wobei der Abg. Grabow zum ersten Präsidenten ernannt worden ist. Auch sind Fach-Kommissionen für die einzelnen Zweige unsrer Thätigkeit Behufs der Vorberathung der wichtigsten, der National-Versammlung vorliegenden Gegenstände beschlossen.

In der Sitzung vom 28. Juni ward auf Antrag des Abg. Elsner die Niedersetzung einer Kommission zur Untersuchung der eigentlichen Verhältnisse der Weber und Spinner so wie der gesammten preußischen Linnen-Manufaktur einstimmig beschlossen. Die Versammlung hat hierdurch ihre Theilnahme an den Schicksalen der arbeitenden Klassen zu erkennen gegeben und hoffentlich wird hierin der Anfang einer gründlichen Untersuchung der Zustände derselben liegen.

Der Abg. Mätze brachte das Verfahren zur Sprache, welches vom vorigen Ministerium für die Kreis-Konferenzen der Volksschullehrer vorgeschrieben war, nemlich, daß diese in Gegenwart der Schulinspectoren und unter Leitung der Landräthe, wie auch wirklich geschehen, stattfinden sollten. Er knüpfte hieran den Antrag, die in diesen nicht völlig freien Konferenzen gewählten Abgeordneten zur Provinzial-Konferenz nicht zuzulassen, sondern Neuwahlen zu veranlassen, zu welchen Nichtlehrer nicht zugezogen werden sollten. Dieser Antrag wurde unserer Bemühungen ungeachtet verworfen.

Auf den Antrag des Abg. Windhorst ward beschlossen, daß durch die Annahme eines besoldeten Staatsamtes oder eine Beförderung im Staatsdienste, jedes Mitglied der Versammlung Sitz und Stimme in derselben verlieren und seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen könne. Die Versammlung wollte durch diesen Beschluß die Unabhängigkeit der Gesinnung ihrer Mitglieder wahren.

Einen großen Theil der Verhandlungen füllten die Interpellationen an einzelne Minister aus. Solche Interpellationen, d. h. Anfragen an die Minister über ergriffene oder noch zu ergreifende Maaßregeln, über die Handlungen derselben, sind das einzige Mittel, wodurch es den Volksvertretern möglich ist, das Ministerium zu veranlassen, über seine innere und äußere Politik und seine Verwaltung Auskunft und somit Gelegenheit zur Beurtheilung zu geben, ob das Ministerium dem Volkswillen entspricht oder nicht. Sie sind um so nothwendiger, als sie häufig dazu dienen, auch einer falschen Beurtheilung vorzubeugen. Das Recht der Interpellation ist ein Schwerdt und Schild der Volksrechte und darf als solches durchaus nicht vernachlässigt werden. Sie sind im Augenblicke um so nothwendiger, als bei dem Mangel von Gesetzvorlagen von Seiten des Ministeriums jeder Prüfstein für dasselbe fehlt. Die Interpellationen helfen außerdem in vielen Angelegenheiten zur Abkürzung unserer Verhandlungen, da Manches auf diese Weise rasch erledigt wird, worüber sonst Anträge gestellt und lange Berathungen eröffnet werden mußten. Zu bedauern ist nur, daß nicht immer eine so offene und so genügende Antwort erfolgt daß alle neue Interpellationen über die betreffenden Gegenstände unnöthig gemacht würden. Auf eine Interpellation des Abg. Zacharias, ob der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf über die Bürgerwehr auf Grundlage einer allgemeinen Volksbewaffnung beruhe, und in welcher Frist die Vorlegung desselben zu erwarten sei, antwortete der Minister des Innern Kühlwetter nur, mit Uebergehung des ersten Punktes, daß die Vorlage binnen acht Tagen erfolge. Auf die Interpellation des Abgeordn. Gladbach, die vorläufige Untersagung der definitiven Ernennung der Bürgermeister und sonstiger Beamten, so wie die Suspendirung derjenigen, welche das Vertrauen des Volks nicht besitzen, erwiederte derselbe Minister, daß die Behörden veranlaßt seien, den Bürgermeister nicht mehr definitiv anzustellen, vielmehr erledigte Stellen nur kommissarisch zu besetzen. Auf die Interpellation des Abgeordn. Dierschke, über die Beförderung der von Cöslin ausgegangenen Loyalitätsadresse durch die Behörden, bemerkte der Minister des Innern, daß er davon keine Kenntniß habe. Der Abgeordn. Elsner bestätigte durch ein angeführtes Beispiel die vorerwähnte Beförderung. Der Abgeordn. Lisiecky befragte über die, über alle Bewohner des Großherzogthum Posens, polnischer Abkunft, welche an der letzten nationalen Bewegung irgendwo Theil genommen haben, verhängten polizeilichen Maaßregeln und erhielt vom Minister des Innern die Erklärung, daß alle polizeiliche Aufsicht, Consignationen und sonstige derartige Maaßregeln bereits wieder aufgehoben seien. Auf die Interpellation des Abg. D'Ester, welcher anlehnend an eine neuerdings in Posen vorgekommene Thatsache, daß 91 Gefangene von der Festung am Vorderkopfe geschoren entlassen worden waren, fragte, was das Staatsministerium gesonnen sei zu thun, um solches die Würde eines civilisirten Staates schändendes Verfahren für die Zukunft unmöglich zu machen, erklärte der Minister-Präsident von Auerswald, daß das Ministerium

(Fortsetzung in der Beilage.)

kein Interesse habe, auf die allgemeine Frage einzugehen und daß er gegenwärtig nicht im Stande sei, bei der Kürze der Zeit seiner Geschäftsführung anzugeben, welche Maaßregeln das Ministerium in dieser Rücksicht zu machen beabsichtige, er behalte sich später die Antwort vor. Die Frage desselben Abgeordneten über die auffallend großen Rüstungen und Truppen-Zusammenziehungen in der Rheinprovinz und besonders die militairischen Maaßregeln in Cöln, und ob sie vielleicht zur Deckung der französischen Grenze nothwendig seien, beantwortete der Kriegsminister Roth von Schreckenstein dahin, daß es nothwendig sei alle Grenzfestungen in Vertheidigungszustand zu setzen und daß alle Truppenbewegungen der Einsicht eines Militairs, des verantwortlichen Kriegsministers, anheim gestellt werden müßten. Die eigentliche, die Lokalität der Rheinprovinz betreffende Frage blieb unbeantwortet. Der Abg. Gladbach fragte über den Umstand, daß in Spandau 21 aus Schleswig mit ruhmvollem Abschiede zurückkehrende Freiwillige durch die Militairbehörde entwaffnet und theilweise mit einem Zwangspasse nach Hause geschickt worden seien. Als der Commissar des Kriegsministeriums von Griesheim erklärte, es sei dies auf Requisition des Polizei-Präsidiums in Berlin geschehen, legte Gladbach ein Aktenstück vor, woraus hervorging, daß es auf Ministerialbefehl geschehen, wonach der Minister des Innern Kühlwetter zugab, daß diese Maaßregel von seinem Vorgänger ausgegangen sei und daß er diese Maaßregel: nicht zu dulden, daß bewaffnete Schaaren das Land ohne Erlaubniß durchziehen, vollkommen billige. Bei der Interpellation des Abg. Behnsch über das Verhältniß Preußens zu Rußland in der Schleswig Holsteinischen Frage ging aus der Antwort des Minister-Präsidenten von Auerswald nur hervor, daß er dafür halte, daß von Rußland für jetzt keine Gefahr zu besorgen sei. Bei dieser Gelegenheit geschah der durch Herrn von Wildenbruch übergebenen Preußischen Note vom 8. April Erwähnung, nach welcher der Krieg gegen Dänemark nur allein im Interesse der Fürsten gegen die republikanischen Elemente geführt werde. Der Minister-Präsident erwiederte darauf, „er könne und werde auf diesen Punkt nicht antworten.“

Es war nothwendig auf diese Interpellation in dem vorliegenden Berichte etwas näher einzugehen, weil dadurch Gelegenheit gegeben wird, ein Urtheil über das jetzige Ministerium zu fällen und zugleich die Nothwendigkeit solcher Interpellationen zu erkennen.

Da die Thätigkeit der Abgeordneten jetzt hauptsächlich sich innerhalb der Fachkommissionen und Abtheilungen bewegt, findet nur wöchentlich zweimal eine Plenarversammlung statt. Die Arbeiten der Verfassungs-Kommission schreiten immer mehr vor. Sie hat außer der Aufhebung der Adels auch die Abschaffung ohne Entschädigung der Fideikommisse und Majorate beschlossen, so daß wir für die Lösung der großen Fragen, mit denen wir beschäftigt sind, noch immer das Beste hoffen dürfen.

In wie weit diese Hoffnung in Erfüllung gehen, darüber werden wir in unserem künftigen Berichte fortlaufende Auskunft geben.

Abgeordneter des Wahlkreises Oels.

Mätze.

Verein der Volksfreunde.

Sitzung vom 29. Juni.

Nachdem von einem Mitgliede die Petition auswärtiger Schankwirthe wegen Erhebung einer Abgabe Seitens der Orts-Polizeibehörden für abzuhaltende Tanzmusiken wiederholt in Erinnerung gebracht worden war, wurde diese Angelegenheit zur Berathung genommen. Die Tagesordnung mußte hiernach abgeändert werden. Zur weitern Bearbeitung dieser Sache wurde eine Commission ernannt. — Vorlesung eines Schreibens des Berliner Deputirten Herrn Mätze. — Die Wahl eines zweiten Schriftführers wurde auf den Antrag eines Mitgliedes in so lange ausgesetzt, bis sich das Bedürfniß näher herausgestellt haben wird. — Petition der hiesigen Gewerksgehülfen. Der vorliegende Gegenstand erfordert eine vorsichtige Behandlung, da Seitens der Meister bereits nachhaltige Widersprüche erhoben worden sind. — Das in Rathe ausgebrochene Feuer hinderte die weitern Besprechungen und führte den sofortigen Schluß der Sitzung herbei.

Sitzung vom 6. Juli.

Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des hiesigen constitutionellen Klubbs, in welchem derselbe eine gemeinschaftliche Aufforderung zu einer öffentlichen Staatsbürger-Versammlung vorschlägt; der Gegenstand veranlaßte eine lebhafte Debatte, welche beinahe den ganzen Abend ausfüllte.

Außer der Tagesordnung wurde nun noch von einem Mitgliede Vortrag über eine Generalversammlung der demokratischen Klubbs in Breslau gehalten.

Der Verein beschloß 3 Abgeordnete zu dieser den 15. Juli treffenden Versammlung zu senden; und wählte hierzu die Herren:

Kaufmann Döring,
Dr. Zeissing,
Gasthofsbesitzer Hoffmann.

Nicht Aufregung, sondern Aufklärung!

(Eingesandt.)

Das frühere Metternich-Eichhorn'sche System ging darauf aus, die Menschen zu verdummen oder in der Dummheit zu erhalten, um unumschränkter regieren zu können; denn es ist leichter eine Heerde Schafe im Zaume zu halten und ohne Mucksen und Widerstreben zur Schlachtbank zu führen, als ein Volk vernünftiger Menschen, die da fragen: warum? wozu? mit welchem Rechte? Darum wurde jeder freie Gedanke in Zeitungen und anderen Blättern durch die Censur gestrichen, jede öffentliche Besprechung über politische Sachen verboten und den etwa genehmigten Vereinen die Bedingung gestellt, sich der Politik zu enthalten. Darum beschränkte man die Vorbildung der Volksschullehrer, damit diese nicht die Leute zu klug machten, und schlug Unteroffiziere zu Jugendbildern vor. Darum begünstigte man Pietismus und Frömmelei, damit sie wie Mehlthau die keimenden Sprossen des freien Menschengeistes ersticken. Aber ein fauler Baum kann nicht gute Früchte bringen; so geschah es auch hier. Je mehr das Volk in Finsterniß gehalten worden war, desto mehr blendete es die Sonne der Freiheit, die dem deutschen Volke in dem ewig denkwürdigen Frühlinge 1848 aufging. Es konnte den ungewohnten Glanz nicht ertragen, mußte die Augen schließen und war nun ganz blind und begann nun statt der Freiheit durch edle Bürgertugenden sich würdig zu machen, dieselbe durch Aufruhr, Ungehorsam, Raub und Plünderung, Katzenmusiken und andern Unfug zu verunglimpfen. Wer denkt hierbei nicht an die beklagenswerthen Vorgänge in unsern Nachbarkreisen und in den Hauptstädten des Vaterlandes? Statt tüchtige Bauleute zum Baue des Freiheitsdomes nach Frankfurth und Berlin zu schicken, wählte man in manchen Kreisen Abgeordnete, die nicht einmal der deutschen Sprache mächtig sind. Doch „Vater, vergieb ihnen, sie wissen nicht was sie thu!“ Die Wähler konnten es nicht wissen, das Metternich-Eichhornsche System trägt die Schuld; es durfte früher nicht über Politik gesprochen werden und von selbst kommt der heilige Geist nicht mehr.

Soll es immer so bleiben? Nein, es muß anders werden, wenn die Freiheit gedeihen und beglücken soll. Wir werden das Wahlrecht, wie wir es bereits im Mai d. J. ausgeübt haben, auch ferner behalten; ja es wird die Hoffnung gehegt, daß es noch erweitert werden wird. — Soll nun die Dummheit herrschen? Sie wird es, wenn das Volk nicht gebildet wird. Man gebe also dem Volke die zeither so vernachläßigte und für das Wohl derselben doch so höchst nöthige politische Bildung. Dann wird es nicht gleich den ersten besten Schreier zu seinem Abgeordneten wählen, sondern wirklich den besten und gediegensten Mann zu finden wissen. Dann wird es einsehen, daß nicht Alles gleich so gehen kann, wie es sich Viele in ihrem stillen Dörflein daheim denken und die Ungeduldigen werden warten lernen und nicht gleich revoltiren und rasend werden. Dann werden politische Reden nicht aufregen, sondern aufklären, denn der Boden, auf den sie fallen, ist dann vorbereitet und der geistige Magen kann die bis jetzt ungewohnte Speise der Freiheit verdauen. Wollen wir also eine beglückende, gesetzliche, gerechte und dauernde Freiheit, so wirke Jeder dafür und zwar dadurch, daß er die Unkundigen über die neue Freiheit belehre, sie dafür begeistere, die Zeitfragen bespreche, Gesetzeskenntniß und Sinn für Recht und Gerechtigkeit verbreite und jene bewußte heilige Vaterlandsliebe erwecke, die bereit ist, zum Wohl des Ganzen, zum Wohle der deutschen Brüder, das größte Opfer, selbst das Leben darzubringen. Auf denn Ihr, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, laßt leuchten Euer Licht und seid Wegweiser denen, die noch im Finstern tappen und jedes Irrlicht, das ihnen in der Gestalt eines sein wollenden Volksbeglückers erscheint, für eine Sonne der Freiheit halten! Stiftet in jedem Oertlein einen vaterländischen Verein, der sich allwöchentlich zu gemeinsamer Belehrung und

(Fortsetzung in der Beilage.)

Extra-Beilage zu Nro. 56 des Wochenblattes für das Fürstenthum Oels.

Austausch der Gedanken über Volksangelegenheiten versammelt und verbreitet, nicht Aufregung, sondern Aufklärung! Namentlich an Euch, Ihr Lehrer von Kirchen und Schulen, ergehe mein Ruf; bedenket, daß Ihr fürs Himmelreich, das ja auf Erden schon seinen Anfang nimmt, arbeitet, wenn Ihr Aufklärung über Freiheit und Menschenrecht und Liebe zum Vaterlande verbreitet! Wer jetzt noch schweigt und listig abwartet, ob Metternich-Eichhorn oder die deutsche Freiheit siegt, um sich dann auf die Seite des Siegers zu schlagen, ist ein feiger Jesuit und ein Verräther an der guten Sache. Darum frisch auf! Nicht Aufregung, sondern Aufklärung! †

Tagesgeschichte.

Am 9. Juli um 8 Uhr Abends schlug der Blitz in Pontwitz, Oelsschen Kreises, in eine Dominialscheuer und zündete. Das Feuer griff rasch um sich, so daß in kürzester Zeit 2 Scheuern, 1 Stallgebäude und 1 Schuppen des Dominii, und die Häuser zweier Freistellenbesitzer in vollen Flammen standen. Der Luftzug von Mittag gegen Mitternacht drohte dem Theile des Dorfes von dem Dom. Ober-Pontwitz bis zur Kirche mit demselben Schicksal; der Wind wendete sich jedoch später nach Morgen, so daß die Gefahr sich minderte und das Feuer überwältigt wurde.

Die freundliche Hilfe der benachbarten Dominien und Gemeinden war in möglicher Eile erschienen und unter Leitung der Behörden kräftig wirksam.

Viel wird darüber gesprochen, daß das Haus des einen Stellenbesitzers hätte erhalten werden können, wenn zuerst der Zugang zum Wasser nicht wäre aufgehalten und erschwert worden dadurch, daß das Dom. einen kleinen Teich auf dem Dorf-Anger, welcher sonst unverzäunt war, mit einem Damm und festen Zaun umgeben habe. Dieser Zaun ist zwar theils (ohne Berücksichtigung des dagegen gemachten Einwandes) unter der Art niedergefallen, theils verbrannt; doch veranlaßt dieser Vorfall zu der Frage, ob eine dergleichen Verzäunung eines solchen Gewässers polizeilich zuläßig ist, oder ob sie nicht wenigstens einer besondern von der Polizei genehmigten Einrichtung bedürfte, damit die Bewohner eines Dorfes nicht gefährdet werden. Mehrere Tage vorher hatte ein Theil der Gemeinde sich über das Unzweckmäßige dieser Verzäunung ausgesprochen — leider hat der Unglücksfall diese Ansicht bestättiget!

Menschen sind nicht verunglückt, das Vieh wurde gerettet bis auf ein Kalb, eine Zuchtsau mit sieben Frischlingen des Dom., und ein Schwein eines Hofeknechts.

Das Dom. ist mit Gebäuden und Beständen versichert. Die beiden Freileute dagegen gar nicht. Obdachlos geworden sind im

Ganzen 9 Menschen, denen in der jetzt so geldarmen Zeit und bei der nahenden Ernte eine Beihilfe edler Menschenfreunde um so nöthiger ist, damit sie sich und ihre Erndte recht bald unter sicheres Dach zu bringen im Stande sind.

Denselben Abend um ½12 Uhr erscholl wiederholt Feuerlärm. In dem eine halbe Meile von der Stadt gelegenen Dammer brannten 3 Bauergüter nieder. Es sollen dabei 7 Pferde, 1 Schwein, 1 Ziege und 2 Hunde umgekommen sein. Fast allgemein ist man der Ansicht daß diese Feuer böswillig angelegt sind.

Herausgegeben unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

Kirchlicher Anzeiger



für die Städte Oels, Bernstadt und Juliusburg, so wie für deren eingepfarrte und benachbarte Dörfer.

Oels (Evangelische Kirche).

Am 4. Sonntage nach Trinitatis predigen:

In der Schloß- und Pfarrkirche:

Früh-Predigt: Herr Archidiak. Schunke.
Amts-Predigt: Herr Propst Thielmann. (Bache'sche Barmherzigkeitspredigt.)
Nachm.-Pred.: Herr Candidat Schubert aus Ludwigsdorf.

In der Propstkirche:

Mittags 12 Uhr: Herr Archidiak. Schunke.

Wochen-Predigt:

Donnerstag, den 20. Juli, Vormittags 8½ Uhr, Herr Candidat Hiller aus Steine.

Geburten.

Den 2. Juli die Schuhmachermeistersfrau Aßmann, geb. Fischer, eine Tochter, Auguste Karoline Ottilie.

Den 4. Juli die Kürschnermeistersfrau Mayer, geb. Pfudel, einen Sohn, Adolph Ferdinand Robert.

Den 7. Juli die Einwohnersfrau Klinner, geb. Weinert, in Netsche, eine Tochter, Johanna Dorothea.

Den 7. Juli die Freibauergutsbesitzersfrau Schäpe, geb. Fey, in Dammer, eine Tochter, Emma Maria.

Heirathen.

Den 10. Juli der Schäferknecht Navroth in Spalitz, mit Jungfrau Barth.

Den 11. Juli der Schönfärbermeister Herr Ballmann, mit Jungfrau Däumling.

Der Dienstknecht Hoppe in Bohrau, mit Wittwe Laatz, geb. Münnig, getr. daselbst.

Todesfälle.

Den 7. Juli des Bürgers und Schneidermeisters Herrn Deutsch, jüngster Sohn, Gustav Adolph, an Unterleibsentzündung, alt 2 J. 6 M.

Den 7. Juni des Einwohner Spenner, einziger Sohn, Johann Ernst August, an Krampf, alt 2 Jahre.

Den 9. Juli des Schullehrer Herrn Lepach in Dammer, einzige Tochter, Bianca, an Krampf und Schlag, alt 2 Jahre 10 Monate.

Bernstadt.

Geburten.

Den 19. Juni die Gräfin Elmira von Bethusi, geb. von Ohlen, auf Langenhoff, einen Sohn, Richard Ernst Eduard.

Den 24. Juni die Freibauersfrau Johanna Christiane Riemer, geb. Böhnisch, in Kunzendorff, einen Sohn, Ernst Wilhelm Eduard.

Den 25. Juni die Bürgers- und Tuchmachermeistersfrau Sophia Müller, geb. Enselein, einen Sohn, August Wilhelm Berthold.

Heirathen.

Den 27. Juni der Bürger und Bäckermeister Otto Robert Häger, mit Jungfrau Auguste Karoline Klopsch.

Den 29. Juni der Apotheker Karl Julius Krause, zu Königshütte in Oberschlesien, mit Jungfrau Auguste Mathilde Ottilie Trautwein.

Todesfälle.

Den 18. Juni der Bürger und Barbier Karl Eduard Victor, am Fieber, alt 35 Jahre 11 Monate.

Den 25. Juni der Bürger und Tuchmacher Friedrich Gustav Moritz Bär, an Gehirnentzündung, alt 29 Jahre 5 Monate 15 Tage.

Vielguth.

Geburten.

Den 29. Mai die Kutschersfrau Johanna Gaffrunke, geb. Neumann, einen Sohn, Johann August.

Den 6. Juni die Häuslersfrau Anna Rosina Pohl, geb. Pursian, in Neuschmollen, einen Sohn, Karl Robert.

Den 15. Juni die unverehelichte Helena Bitze, eine Tochter, Johanna Karoline.

Den 22. Juni die unverehelichte Susanna Stolper, eine Tochter, Johanna Dorothea.

Heirath.

Den 28. Mai der verwitt. Freistellenbesitzer Gottlieb Koch, in Vogelgesang Städt. Anth., mit Jungfrau Johanna Elisabeth Kynast.

Todesfälle.

Den 1. Juni der Auszügler-Wittwer Christian Zoll, in Neuellguth, an Auszehrung, alt 84 Jahre 10 Monate 7 Tage.

Den 9. Juni die Freigärtnerauszüglersfrau Elisabeth Kalkbrenner, geb. Gahse, an Abzehrung, alt 60 Jahre.

Den 2. Juli der Einlieger Gottlieb Gahse, an Geschwulst, alt 67 Jahre.

Bogschütz.

Geburten.

Den 10. Juni die Freigärtnersfrau Land, geb. Melzer, eine Tochter, Johanna Christiane.

Den 14. Juni die Tagelöhnersfrau Sattler, geb. Fischer, eine Tochter, Anna Rosina.

Den 21. Juni die Freibauergutsbesitzersfrau Kubicke, geb. Steinichen, einen Sohn, Karl Julius.

Heirath.

Den 2. Juli der Freihäusler Gottfried Schölzel, mit Jungfrau Susanna Dorothea Gahse in Zucklau.

Todesfälle.

Den 31. Mai des Freigärtners Barth, in Neuhaus, älteste Tochter, Johanna, an Beingeschwulst, alt 9 Jahre 4 Monate.

Den 7. Juni die Tagearbeitersfrau Johanna Dorothea Decke, geb. Fischer, an Krampffieber, alt 35 Jahre 11 Monate.

Den 7. Juni der herrschaftliche Dienstknecht Ernst Wilhelm Heilmann, an Brustübel, alt 21 Jahre 10 Monate.

Den 13. Juni die verwitt. Inlieger Karoline Gruhn, geb. Reipert, in Zucklau, an Schlag, alt 63 Jahre 10 Monate.

Den 21. Juni des Hofeknechts Conrad in Neuhaus, jüngste Tochter, Christiane, an Krämpfen, alt 1 Jahr.

Den 21. Juni der herrschaftliche Schloßwächter Johann Richarts, an Brustkrankheit, alt 48 Jahre 6 Monate.

Den 23. Juni des herrschaftlichen Lohngärtners Karl Dobers, einzige Tochter, Johanna Louise, an Brustkrankheit, alt 1 Jahr 7 Wochen.

Den 24. Juni der Freigärtner-Auszüger Gottlieb Bagusche, in Zucklau, an Geschwulst, alt 66 Jahre 4 Monate.

Den 28. Juni der Freihäusler und Weber David Hase, an hitzigem Krampffieber, alt 31 Jahre 7 Monate.

Den 29. Juni des Häusler Günther, jüngste Tochter, Karoline, an Krampf, alt 6 Monate.

Den 29. Juni des Tagearbeiters Gerstenberg, einzige Tochter, Johanna Dorothea, an Durchfall, alt 1 Jahr 1 Monat.

Den 29. Juni die Freigärtnersfrau Rosina Dorothea Land, geb. Grünig, in Dammig, an Geschwulst, alt 35 Jahre 9 Monate.